

## **Resolution zur geplanten Schulstrukturreform in Hamburg:**

### **Mittelständische Wirtschaft aus Chemie, Handel, Dienstleistung und Gastgewerbe fordert: Empfehlungen der Enquete-Kommission umsetzen!**

#### **Präambel**

Bildung ist der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes – für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in einer globalisierten Welt und für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die Schulbildung legt die Grundlagen für die individuellen Lebenschancen. Die Arbeitsmarktchancen für un- und angelernte Kräfte sind schon heute gering. Sie werden in Zukunft weiter sinken. Aufgabe unseres Schulsystems muss es sein, alle Kinder – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – nach ihren Fähigkeiten und Begabungen zu fördern. Schulabgänger ohne Abschluss darf es künftig nicht mehr geben. Leistungsstarke Schüler müssen gefördert werden, damit Deutschland im Wettbewerb der Talente nicht ins Hintertreffen gerät.

Am 14. Januar 2009 haben Handelskammer, Handwerkskammer und UV-Nord in einem gemeinsamen Positionspapier, das im Arbeitskreis Bildung unter Mitwirkung auch des AGA und des DEHOGA erarbeitet wurde, Grundsätze und Anforderungen zum Gelingen der schulpolitischen Reformen in Hamburg vorgelegt. Diesem Positionspapier stimmen, ChemieNord, AGA, DEHOGA und CDH zu. Mit dieser Resolution wollen wir die Position der mittelständischen Wirtschaft aus Chemie, Handel, Dienstleistung und Gastgewerbe ergänzen und konkretisieren.

#### **1. Schulpolitischer Handlungsbedarf**

Hamburgs Ruf als Bildungsstandort könnte besser sein. Seit Ende der 90er Jahre wurde in mehreren wissenschaftlichen Untersuchungen nachgewiesen, dass die Leistungen der Hamburger Schülerinnen und Schüler deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Das belegt erneut die PISA-Studie 2006. Ein Grund für das schlechte Abschneiden im Leistungsvergleich ist der – für Großstädte typische – hohe Anteil an schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen mit schwieriger sozialer oder familiärer Ausgangssituation bzw. Migrationshintergrund. Ziel muss es sein, den Bildungserfolg von der Herkunft zu entkoppeln und die Kompetenzen aller Schüler zu steigern.

#### **2. Langfristiges Schulkonzept erforderlich**

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der PISA-Studien hat die Bürgerschaft im Januar 2006 eine parteiübergreifende Enquete-Kommission damit beauftragt, konkrete Empfehlungen zur Erhöhung der Bildungsqualität in Hamburg zu erarbeiten. Die Ergebnisse wurden im Februar 2007 vorgelegt. Sie bestätigen größtenteils die bereits eingeleiteten Reformen.

Konsens der Experten aus Politik und Wissenschaft vor zwei Jahren war, die Zahl der weiterführenden Schulformen zu reduzieren und in Hamburg nach der vierjährigen Grundschule nur noch die neue „Stadtteilschule“ und das Gymnasium anzubieten. Darüber hinaus sollten sich alle Aktivitäten darauf konzentrieren, die Qualität des Unterrichtes zu steigern. Diese Reform-Agenda beschreibt eine langfristig angelegte Schulpolitik, die über die Grenzen von Legislaturperioden hinweg gültig sein sollte. Die Empfehlungen der Enquete-Kommission finden unsere Zustimmung und sollten daher die Leitlinien der Schulpolitik in Hamburg bleiben.

### **3. Abrupter schulpolitischer Kurswechsel**

Die Empfehlungen der Enquete-Kommission bestätigen die in der letzten Legislaturperiode eingeleiteten bzw. geplanten Maßnahmen, um die Qualität der Schulbildung in Hamburg zu steigern. Dazu zählen u. a.:

- Der Umbau der Schulstruktur zu einem „Zwei-Säulen-Modell“
- Die Einführung der Selbstverantworteten Schule
- Qualitätssicherung durch Schulinspektionen alle vier Jahre
- Neue Bildungspläne und zentrale Abschlussprüfungen
- Sprachförderung in der Vorschule
- Verkürzung der Zeit bis zum Abitur von 13 auf 12 Jahre
- Einführung der „Profiloberstufe“

Mit dem schwarz-grünen Koalitionsvertrag wurde im Frühjahr 2008 eine wesentliche Änderung der Schulstruktur beschlossen, die mit den von der Enquete-Kommission empfohlenen Leitlinien nicht zu vereinbaren ist: Die Einführung einer verbindlichen 6-jährigen Primarschule.

Sie führt dazu, dass der Übergang auf die Stadtteilschule oder auf das Gymnasium erst ab der 7. Klasse erfolgt. Für das Abitur nach 12 Jahren stehen damit statt 8 Jahren nur noch 6 Jahre am Gymnasium zur Verfügung. Das bedeutet auch, dass die in Hamburg bestehenden Langformen (Grund-, Haupt- und Realschule unter einem Dach sowie Grund- und Gesamtschulen unter einem Dach), die teilweise nachweisbar sehr erfolgreich sind (siehe z. B. Auszeichnung des Bundespräsidenten für die Max-Brauer-Gesamtschule) in zwei eigenständige Schulformen mit unterschiedlicher Leitung zerfallen. Es bedarf erhöhter Anstrengungen, langfristig die guten pädagogischen Konzepte trotz unterschiedlicher pädagogischer Leitung zu bewahren und gemeinsam weiter zu entwickeln.

### **4. Wachsender Widerstand gegen die Schulpläne des schwarz-grünen Senats**

Mit der Einführung der Primarschule soll das Ziel verfolgt werden, leistungsschwache Schüler durch das längere gemeinsame Lernen zu fördern, ohne die Entwicklung der leistungsstärkeren Schüler zu behindern. Der Bildungserfolg soll von der sozialen Herkunft entkoppelt werden. Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen und Erfahrungen in anderen Bundesländern (z. B. Niedersachsen, Berlin und Brandenburg) belegen, dass dieses Konzept in der Praxis nicht zu den erwarteten Ergebnissen führt. Bis zum Ende der Klasse 4 ist trotz gemeinsamen Unterrichtes die Abhängigkeit des Schulerfolgs vom sozialen Status bereits nachweisbar.

Die geplante Einführung der Primarschule basiert nicht auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens. Im Gegenteil: Der Widerstand gegen die schulpolitischen Pläne des schwarz-grünen Senats wächst. Quer durch alle Bevölkerungsschichten nimmt die Sorge erkennbar zu, dass dieser radikale Umbau des Schulsystems im Ergebnis zu einer Verschlechterung des Bildungsniveaus in Hamburg führen wird.

Indiz dafür ist die gegenwärtige Erleichterung der Eltern der jetzigen Drittklässler. Den Eltern wurde die Wahl ermöglicht, dass ihre Kinder 2010 in die fünfte Klasse einer Stadtteilschule, eines Gymnasiums oder einer Primarschule wechseln. Auch die steigenden Anmeldezahlen bei den privaten Schulen ist letztlich eine „Abstimmung mit den Füßen“, die von der Politik als Alarmsignal für die Abkehr vom öffentlichen Schulsystem ernst genommen werden muss.

Die Mehrheit der Personalchefs und Ausbildungsleiter aus mittelständischen Unternehmen, die sich im Rahmen einer Umfrage zur Einführung der Primarschule geäußert haben, befürchtet, dass mit der geplanten Schulstrukturreform die Qualität des Abiturs in Hamburg sinken wird. Unternehmen, die vor allem Abiturienten für anspruchsvolle kaufmännische Berufe ausbilden, sind mittlerweile mit dem Leistungsniveau Hamburger Abiturienten zufriedener. Das zeigt, die Hamburger Gymnasien haben in den letzten Jahren ihre Hausaufgaben gemacht und aufgeholt.

Klagen gibt es nach wie vor über die mangelnde Ausbildungsfähigkeit von Haupt- und Realschülern aus Hamburg. Haupt- und Realschüler aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern, die sich in Hamburg um einen Ausbildungsplatz bewerben, weisen – so berichten Personalchefs und Ausbildungsleiter – durchgängig ein höheres Bildungsniveau auf. Aus Sicht der Unternehmen besteht daher hier der größte Handlungsbedarf zur Qualitätssteigerung der Schulabschlüsse in Hamburg. Die konsequente Umsetzung des von der Enquete-Kommission vorgeschlagenen „Zwei-Säulen-Modells“ ist aus Sicht der Ausbilder in den Unternehmen jetzt der erfolgversprechende schulpolitische Kurs.

## **5. Schulpolitisches Experiment mit ungewissem Ausgang**

### **5.1. Hamburg droht der schulpolitische „Reform-Infarkt“**

Die – überstürzte – Einführung der Primarschule ist ein Experiment mit ungewissem Ausgang. Sie bindet Ressourcen an der falschen Stelle. Statt Strukturen erneut zu verändern, sollten zunächst die in den letzten Jahren auf den Weg gebrachten Reformen umgesetzt werden und ihre Wirkung entfalten können. So startet die Profiloberstufe im Sommer 2009, die ersten G8-Abiturienten verlassen die Gymnasien erst im Sommer 2010. Erst danach können die Erfahrungen mit der Umsetzung dieser Reformen ausgewertet werden. Die geplante Einführung der Primarschulen zum jetzigen Zeitpunkt wird zwangsläufig zum „Reform-Infarkt“ führen. So sind weder die baulichen noch die organisatorischen Voraussetzungen zur Umsetzung der Primarschule erfüllt. Die Leidtragenden sind die Schüler, die in dieser Phase des radikalen Umbaus der Schulstrukturen im Unterricht beeinträchtigt werden.

### **5.2. Wissenschaftliche Erkenntnisse werden ignoriert**

Ein wesentlicher Punkt für die Begründung einer sechsjährigen Primarschule ist die Abhängigkeit des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft. Die Element-Studie der Berliner Humboldt-Universität hat nachgewiesen, dass sich dort auch in der sechsjährigen Grundschule in den Klassen 5 und 6 die sozialen Disparitäten weiter vergrößern. Aber sie hat auch nachgewiesen, dass die wenigen leistungsschwächeren Kinder und Kinder mit Migrationshintergrund, die in Berlin nach Klasse 4 auf das grundständige Gymnasium wechseln, größere Lernzuwächse verzeichnen, als vermutet wurde.

### **5.3. Hamburg darf nicht zur schulpolitischen Insel werden**

Bildungspolitik ist Ländersache. Die Übernahme gesamtstaatlicher Verantwortung durch die Länder bedeutet eine hohe Verantwortung. Die Länder sind aufgefordert, keine Strukturen zu schaffen, die mobilitätshemmend wirken – insbesondere national. Mit der Einführung der für alle Schüler verbindlichen sechsjährigen Primarschule geht Hamburg einen Sonderweg, der

die Schulsysteme in Norddeutschland weiter auseinander treibt und einen Schulwechsel selbst innerhalb der Metropolregion erschwert. Es darf nicht dazu kommen, dass Familien, die beispielsweise aus Bayern, Niedersachsen oder Schleswig-Holstein aus beruflichen Gründen nach Hamburg ziehen und deren Kinder dort die fünfte oder sechste Klasse des Gymnasiums besuchen, in Hamburg kein entsprechendes Schulangebot vorfinden. Für Hamburg ist das ein Nachteil im Standortwettbewerb – insbesondere weil davon auszugehen ist, dass qualifizierte Fachkräfte gleichzeitig bildungsbewusste Menschen sind, denen die Bildung ihrer Kinder sehr wichtig ist. Dazu gehört nach deutscher Tradition das Gymnasium nach Klasse 4.

## **6. Forderungen der mittelständischen Wirtschaft aus Chemie, Handel, Dienstleistung und Gastgewerbe zur Schulpolitik in Hamburg**

Auf der Grundlage der Empfehlungen der Enquete-Kommission sollte die Hamburger Schulpolitik das Ziel verfolgen, die Qualität im Unterricht in allen Schulformen zu steigern. Dabei sollten die Stärken des Hamburger Schulsystems ausgebaut und seine Schwächen beseitigt werden. Dazu sind aus Sicht von ChemieNord, AGA, DEHOGA und CDH folgende grundlegende Maßnahmen zielführend:

- Das Gymnasium muss zwingend ab Klasse 5 erhalten bleiben.
- Kleinere Klassen und mehr Personal sind Voraussetzung für eine bessere individuelle Förderung aller Schüler. Für den Lernerfolg ist neben einer ausreichenden Ausstattung mit Lehrern insbesondere weiteres Personal notwendig: Sozialpädagogen, Schulpsychologen, Assistenzkräfte, Verwaltungskräfte etc. Darüber hinaus müssen sich Schulen zu einem Lern- und Lebensraum entwickeln, in dem sich Kinder und Jugendliche gerne aufhalten.
- Die individuelle Förderung sowohl von leistungsschwachen als auch von leistungsstarken Schülern muss bereits in der Grundschule erfolgen. Dazu gehört auch ein Fremdsprachenangebot, das von entsprechend ausgebildeten Fachlehrern zu erbringen ist.
- Die Qualität der Lehrerausbildung muss gesteigert werden. Angehende Lehrkräfte sollten vor Beginn des Studiums einen Eignungstest durchlaufen.
- Ausreichende Deutsch-Kenntnisse müssen zwingende Voraussetzung für die Einschulung sein. Wer die deutsche Sprache nicht beherrscht, kann in der Schule nicht lernen. Das bedeutet: Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund oder aus „Problemfamilien“ müssen rechtzeitig – also bereits im Kindergarten und in der Vorschule – Sprachunterricht und individuelle Förderung erhalten. Die verbindliche Sprachförderung und der verbindliche Vorschulbesuch sind dazu ein richtiger Ansatz. Diesen Ansatz gilt es weiterzuentwickeln, um noch mehr Kinder länger zusätzlich zu fördern.
- Die naturwissenschaftliche Grundausbildung muss für alle Schüler vertieft werden.
- Der häufige Unterrichtsausfall muss wirksam bekämpft werden.
- Junge Menschen ohne Schulabschluss darf es in Zukunft nicht mehr geben. Lernschwache und/oder unmotivierte Schüler müssen gezielt unterstützt und individuell gefördert werden. In Stadtteilen, die zu den sozialen Brennpunkten zählen, müssen dazu die Klassen deutlich verkleinert werden, ggf. auf die Größe von kleinen Lerngruppen. Die Lehrer gilt es durch Sozialarbeiter zu unterstützen.

- Zur regelmäßigen Weiterbildung der Lehrer sollten auch Betriebspraktika gehören, damit berufsorientierte Lerninhalte praxisnah vermittelt werden können.
- Grundkenntnisse über ökonomische Zusammenhänge sollten – mit unterschiedlichen Schwerpunkten – sowohl in der Stadtteilschule als auch an den Gymnasien vermittelt werden. „Wirtschaft“ sollte Pflichtfach sein, denn ohne wirtschaftliches Grundverständnis ist es heute kaum noch möglich, sich in unserer Gesellschaft zurechtzufinden.
- Damit die Schüler in der Lage sind, über ihren Lebens- und Berufsweg eigenverantwortlich zu entscheiden, muss die Berufsorientierung insbesondere an den Stadtteilschulen früher einsetzen und ein höheres Gewicht bekommen.
- Die Umsetzung des Orientierungsrahmens Schulqualität als Grundlage der Schulinspektionen und der Ziel- und Leistungsvereinbarungen (ZLV) muss vorangetrieben werden. Das Qualitätsmanagement sollte die Unterrichtsqualität, die Leitung der Schule und die Selbstverwaltung von Schulen, aber auch Konzepte der Personal- und Organisationsentwicklung umfassen.
- Die Schulinspektion als Instrument der Qualitätssicherung und die ZLV sollten künftig alle zwei Jahre durchgeführt werden.

## 7. Fazit

Hamburg sollte sich als liberale und weltoffene Metropole das Ziel setzen, hohe Qualitätsansprüche in der Schulpolitik zu realisieren. Die Wertigkeit des Hamburger Abiturs muss weiter erhöht werden. Durch frühzeitige individuelle Förderung der Kinder mit schwieriger sozialer oder familiärer Ausgangssituation sollte das ehrgeizige Ziel angestrebt werden, die Zahl der Schulabbrecher auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. Die Schulen müssen so organisiert werden, dass die Schüler Lust zum Lernen haben, dass die Lehrer hoch motiviert sind und dass die Leistungen deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegen. Nur dann wird Hamburg seine Bedeutung als lebenswerte Metropole behaupten und ausbauen können und für qualifizierte Spitzenkräfte mit Familien interessant bleiben.

Hamburg, Februar 2009

ChemieNord - Arbeitgeberverband für die Chemische Industrie in Norddeutschland e. V.  
Büro Hamburg: Kapstadtring 10, 22297 Hamburg

AGA Unternehmensverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistung e.V.,  
Kurze Mühren 2, 20095 Hamburg

DEHOGA Hamburg Hotel- und Gaststättenverband Hamburg e.V., Hallerstr. 22, 20146 Hamburg

Wirtschaftsverband für Handelsvermittlung und Vertrieb in Hamburg (CDH) e.V.  
Raboisen 16, 20095 Hamburg